

Auf Kurs!

Herr Vorsitzender,
meine sehr geehrten Damen und Herren Stadtverordnete,
werte Anwesende,

die Sache ist relativ einfach – und doch sensationell: Wir sind im Plan! Nach Jahren wachsender Verschuldung ist Land in Sicht. Wie wir uns das im Februar 2013 vorgenommen haben, wird der Haushalt in 2018 ausgeglichen sein – ohne weitere Erhöhung von Steuern und Gebühren.

Es bestätigt sich also abermals, dass es richtig war, das Angebot des Landes Hessen anzunehmen und den Schutzschirmvertrag abzuschließen. Ich will erneut darauf hinweisen, dass uns niemand dazu gezwungen hat, dieses Instrument zur Wahrheitsfindung in die Hand zu nehmen.

Ich darf erinnern: Die Nichtschutzschirmkommunen müssen schon in 2017 ihre Haushalte ausgeglichen haben und erhalten keine Entschuldungshilfen durch das Land – wir immerhin 12,2 Mio €.

Wir haben es deshalb völlig nachvollziehbar freiwillig getan, dafür aber gewisse Härten in Kauf genommen:

- Für die Bürgerinnen und Bürger durch Erhöhung von Steuern und Abgaben;
- für die Vereine durch maßvolle Reduzierung der Grundförderung und Anhebung der Nutzungsentgelte, und
- für die Verwaltung selbst, indem wir nämlich das Personal in einer Weise reduziert haben, die die Verwaltungsabteilungen und den Eigenbetrieb an die Grenze der Belastbarkeit geführt hat.

Wer immer noch verlangt, die Verwaltung müsse noch mehr bei sich selbst sparen, der ist ahnungslos – und vor allem: er fällt den Bediensteten in den Rücken und demotiviert sie. Wer anderer Auffassung ist, der möge sich an meine Stelle begeben und zusehen, wer ihm dann die von Ihnen gefassten Beschlüsse umsetzt.

Unser Personalanzug ist auf Kante genäht, und jeder krankheitsbedingte Ausfall beschert uns unmittelbar Probleme. Ich hatte Ihnen dies schon in meiner Einbringungsrede vom 24.2.2015 in Einzelheiten, besonders auch was Betriebshof und

Gebäudewirtschaft angeht, detailliert dargestellt. Daran hat sich nichts geändert. Wie Sie wissen, gibt es insbesondere auch in der Bauverwaltung und im Ordnungsamt immer wieder erhebliche Engpässe, die dazu führen, dass Sie die Umsetzung Ihrer Beschlüsse anmahnen oder die Bürger sich darüber beklagen, dass die Verwaltung nicht ordnungsgemäß funktioniere bzw. nicht zur Stelle sei, wenn man sie braucht.

Das war uns aber doch von vorneherein klar, dass der Konsolidierungsprozess auch mit solchen Schmerzen verbunden sein würde. Wir müssen da durch – und wir tun alle wirklich unser Bestes.

Möglicherweise müssen wir in den weiteren Beratungen im Personalbereich noch gewisse Feinsteuerungen vornehmen. Das will ich nicht ausschließen. Zu einem besonderen Teil des Stellenplans komme ich sowieso noch.

Aber trotz dieser durchgängig vorhandenen Nöte und Zwänge können wir auf eine ordentliche Infrastruktur verweisen:

Wir sind ein von der IHK ausgezeichneter Standort für Fach- und Führungskräfte - eine äußerst positive Zertifizierung, nachdem unsere Verwaltung auf Herz und Nieren geprüft wurde.

Es ist wirklich so: Wir verfügen über eine Wirtschaftsförderung, die nicht nur bei den ansässigen Unternehmen, sondern im Kreisgebiet hoch geachtet ist. Der von der Koalition im Juni 2011 beschlossene Umbau der alten IC Rödermark AG in eine Stabsstelle, die direkt dem Bürgermeister zugeordnet ist, war eine absolut richtige Entscheidung. Wir kennen alle Firmen, pflegen ihren Bestand und sind auch bei schwierigen Anliegen behilflich, beispielsweise in noch mit Breitband unterversorgten Gebieten, wo wir fast immer eine auf die Firma zugeschnittene Lösung aufzeigen bzw. vermitteln konnten. Die kreisweite Behandlung dieses Themas wurde gerade aus Rödermark befördert und trägt alsbald die erhofften Früchte. Da wir für die hier zu tätigen Investitionen keine Darlehen aufnehmen müssen, bleiben wir in 2018 erheblich unter der Nettoneuverschuldungsgrenze.

Selbstverständlich war auch die Akquise von neuen Unternehmen – trotz knapper Flächenressourcen – in vielen Fällen erfolgreich. Im Vergleich zu 2009 mit 6,2 Mio € haben wir die Einnahmen aus der Gewerbesteuer mit nunmehr gut 10 Mio € exorbitant gesteigert. Für 2018 rechnen wir bei unserem guten Branchenmix mit einem weiteren Zuwachs von ca. 700.000 €.

Wir investieren in den Straßenbau, natürlich nicht in dem Umfang, wie man das für optimal halten könnte, aber doch nicht nur in übliche Unterhaltungsmaßnahmen, sondern sensationeller Weise in zwei Fällen, nämlich bei den Straßen Am

Schwimmbad und Am Wiesengrund, in grundhafte Erneuerung, obwohl wir Schutzschirmkommune sind und nicht über eine Straßenbeitragssatzung verfügen (was ich für richtig halte). Wir machen hierbei vom Kommunalen Investitionsprogramm des Landes (KIP) Gebrauch, und in dem einen Fall können wir sogar freiwillige Zuwendungen von Anliegern in einer Höhe von insgesamt 131.000 € in Ansatz bringen. Beides – Verwendung des KIP und Vereinnahmung von Anliegerzahlungen – lagen, wie Sie sich sicher denken können, nicht von vorneherein auf der Hand, sondern wurden letztlich auch mit einer gehörigen Portion Verwaltungsfantasie zustande gebracht. Ich bin darüber hocherfreut und danke den beteiligten Mitarbeitern aus der Finanz- und Bauverwaltung deswegen ganz herzlich!

Wir verfügen, obwohl wir die Förderung in gewissem Maße reduziert haben - ohne allerdings die Arbeit mit Jugendlichen zu schmälern - über ein reges Vereinsleben mit fast 120 Trägern der sportlichen, sozialen und kulturellen Angebote, die wir sehr zu schätzen wissen. Unsere Vereinsabteilung und das Ehrenamtsbüro sind willkommene Partner des vielfältigen Bürgerengagements.

Die Aktivierung der Bürgerschaft im Rahmen unseres fortwährenden Leitbildprozesses ist ein hohes Gut, um das uns viele Kommunen beneiden. Auch hier gilt: Ehrenamt braucht Leadership – und dieses wird insbesondere auch durch die personelle Mitwirkung städtischen Personals an der Organisation der Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger bereitgestellt.

Wir fördern das nachbarschaftliche Zusammenleben in den Quartieren und Wohngebieten wo wir können – gerade auch vor dem Hintergrund des Zuzugs von Flüchtlingen. „Gute Nachbarschaft!“ – das ist unser Oberbegriff, an dem wir uns orientieren und wo uns so viele Bürgerinnen und Bürger in uneigennütziger Weise behilflich sind und unseren großen Dank verdienen!

Die Integrations-, Sprach- und Seniorenlotsen, z.Z. 48 (!) Bürgerinnen und Bürger, die über die Integrationsbeauftragte und das Ehrenamtsbüro für diese Tätigkeit gewonnen werden konnten, leisten Beachtliches. Ja, das Miteinander der Generationen und der Kulturen zu organisieren und zu befördern, ist ein Gebot der Zeit, die ja auch davon geprägt ist, dass Menschen und Gesellschaften auseinanderdriften und negative Folgekosten oder Ereignisse heraufbeschworen werden.

In ähnlicher Weise befördert die Tätigkeit des Klimaschutzmanagers, der uns wegen Inanspruchnahme von Fördergeldern des Bundes ebenfalls relativ wenig kostet, Aktivitäten, die uns haushaltsmäßig kaum belasten aber nicht zu unterschätzen sind bei unseren Bemühungen, unseren Beitrag zur Energiewende zu leisten. Ganz aktuelle Stichworte mögen sein: Car-Sharing und Nahmobilitäts-Check.

Diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind deshalb kein Luxus, sondern notwendige Rahmenbedingung als Hilfe zur Selbsthilfe und für zielgerichtetes Verwaltungshandeln.

Das SchillerHaus ist eine Erfolgsstory ersten Ranges. Kaum eine öffentliche Einrichtung wurde seit ihrer Inbetriebnahme vor gut 5½ Jahren so aktiv und umfassend genutzt wie diese – von allen Generationen, allen Nationalitäten und Interessengruppen, vom Kochkurs bis zum Welt-Poesie-Festival. Das tut den Menschen gut und sie identifizieren sich deshalb noch mehr mit ihrem Wohngebiet und ihrer ganzen Stadt.

Die guten Erfahrungen, die wir damit gemacht haben, wollen wir ab dem nächsten Jahr auf den Bürgertreff Waldacker übertragen, der in enger Absprache mit den bisherigen Nutzern und der Quartiersgruppe Waldacker unter dem Dach des Fachbereichs 4 – Kinder, Jugend und Senioren - eine neue Organisations- und Nutzungsstruktur erhalten wird. Die Stadtteilversammlung, die dazu abgehalten wurde, hat uns in diesem Vorhaben voll bestätigt. Auch dies ist im vorgelegten Haushaltsentwurf sachlich und personell abgebildet.

Wir haben städteplanerische Entscheidungen, Ihre Entscheidungen, von weitreichender Bedeutung umgesetzt und haushaltsrechtlich Vorsorge dafür getroffen, dass ihre zukunftssträchtigen Wirkungen sich positiv entfalten können.

Für die Enderschließung des Baugebiets An den Rennwiesen sind für 2018 1,3 Mio € eingestellt. Dieses Baugebiet, das zu Beginn meiner Amtszeit in die Endabstimmung ging, hat sich so entwickelt, wie wir das wollten: Ein Mix von aufgelockerter individueller Bauweise für Wohnen und Gewerbe, abgestuft zur freien Landschaft mit Bolzplatz und Aufwertung des gesamten Unteren Ortsteils von Urberach. Es macht richtig Spaß, da durchzugehen und jeden Tag etwas Neues zu entdecken. Die gewerblichen Einheiten sind hochwertig und passend. Und an mindestens zwei Standorten wird es auch Einrichtungen für die Gesundheitsversorgung geben.

Auch die Chancen für die Erschließung des Hainchesbuckels als Gewerbegebiet haben sich durch diese Entwicklung nicht verschlechtert, sondern verbessert. Das ist zwar, wie wir alle wissen, ein besonders dickes Brett; aber unser Bohrer ist nicht zum Stillstand gekommen und dringt langsam in weichere Schichten vor.

In der Odenwaldstraße hat die Herrichtung der Baustelle begonnen, mit der die größte Altlast der Stadt, das ehemalige Hitzel- und Beck-Gelände, umgewandelt wird in eine Wohnanlage - mit teilweise gewerblicher Nutzung – für gut 300 Einwohner. Das ist eine städteplanerische Leistung positiver Art. Wie es das Baugesetzbuch vorschreibt: Innenentwicklung vor Außenentwicklung auf einer Fläche, die eigentlich unbebaubar war. Durch Einbringung einer städtischen Fläche zu dem guten Preis

von 1,2 Mio € haben wir nicht einfach städtisches Tafelsilber hergegeben, sondern – wie jetzt schon 3 Jahre lang – Investitionsüberschüsse erzielt, mit denen wir vielfältige Investitionen finanzieren können, ohne uns in Richtung Nettoneuverschuldungsgrenze zu bewegen. Ich komme darauf noch zurück.

Auch die Entwicklung eines Wohngebiets mit Kindertageseinrichtung an der Rodau – bislang Festplatz ohne Baugenehmigung - gehört in diesen Zusammenhang. 2,5 Mio € wird der Eigenbetrieb hierzu in die Hand nehmen, wobei 1,9 Mio € dem KIP des Bundes entnommen werden können. Ein Nebeneffekt dabei wird sein, dass das Gelände der bisherigen KiTa Motzenbruch, die ja Ersatz an der Rodau finden soll, für andere Zwecke, insbesondere öffentlich geförderten Wohnungsbau, zur Verfügung stehen könnte.

In ähnlicher Weise können wir den Blick in Richtung Kapellenstraße schweifen lassen, wo es zu gelingen scheint, aus dem unansehnlichen Konglomerat von Brandruine, überkommener Nutzung und Leerstand einen Wohn- und Gewerbe-komplex zu machen, der dem nördlichen Ortseingang von Ober-Roden ein positives Gepräge geben wird. Auch dies befriedigt mich sehr.

Eine wesentliche Investition im nächsten Jahr wird etwas sein, auf das manche schon seit 22 Jahren gewartet haben, nämlich der Erwerb des Eigentums an der Kulturhalle. Hierfür müssen wir im Mai 2017 nochmal den Betrag von 1.430.500 € hinlegen und dann ist, mit dem Ende meiner Amtszeit, die letzte Rate aus dem Leasingvertrag gezahlt. Finde ich auch irgendwie passend. Der Fachbereich 5 freut sich, dass diese Belastung aus seinem Budget herausfällt und in normale Unterhaltung des Gebäudes übergeht.

Weitere Investitionen im 6-stelligen Bereich werden im Jahr 2017 sein:

- 830.000 € für die Anschaffung von Feuerwehrfahrzeugen
- 308.000 € für bewegliches Anlagevermögen;
- 320.000 € für weitere Tiefbaumaßnahmen;
- 250.000 € Zuschuss an KBR für Feuerwehrgebäude, insbesondere Urberach;
- 244.064 € für EDV- und Softwareanschaffungen;
- 147.000 € für Um- und Ausbau der Friedhöfe;
- 105.000 € für KiTas, davon 100.000 € an St.Gallus;

und für 2018:

- neben den schon erwähnten 2,5 Mio € für die KiTa an der Rodau und den
- 1.300.000 € Enderschließung an den Rennwiesen noch
- 393.500 € weitere Tiefbaumaßnahmen;
- 200.000 € Ausstattung und Außengelände KiTa an der Rodau;
- weitere 188.714 € EDV- und Softwareanschaffungen;
- 129.300 € bewegliches Anlagevermögen und nochmal

- 95.000 € für Feuerwehrfahrzeuge.

5-stellige Beträge werden verausgabt für die Neuausstattung des Bürgertreffs mit Forscher-KiTa, Notstromversorgung Feuerwehr Urberach, in beiden Haushaltsjahren für Schallschutzmaßnahmen und Außengelände KiTas, Spiel-, Bolz- und Jugendplätze, Investitionskostenzuschüsse an Vereine und die Umsetzung von Leitbildprojekten.

Und all diese beachtlichen Aktivitäten, die ich aufgeführt habe, gelingen – wie vorgeschrieben und vorgesehen - ohne Nettoneuverschuldung.

Die Gesamtbetrachtung wäre jedoch unvollkommen, wenn ich nicht noch einmal auf die Ausgabenposition zurückkäme, die ich schon angedeutet habe und die in mehrfacher Hinsicht eine absolute Auffälligkeit darstellt, nämlich die Kinderbetreuung.

Ich will die Thematik zunächst mit dem Stellenplan verdeutlichen. Die Zahl der Beamten bleibt mit 23 Planstellen konstant. Die Zahl der Beschäftigten in allen Fachbereichen und Stabsstellen außer dem FB 4 vermindert sich von 99 auf 98 Planstellen. Aber die Anzahl der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst erhöht sich von 123,5 auf 139 Planstellen, also um 15,5 Planstellen – im Saldo haben wir demnach 14,5 Planstellen mehr als bisher! Wie kommt's?

Für die Schulkindbetreuung an der Schule an den Linden werden 1 Planstelle nach Eg S17 für die stellvertretende Leitung und 8,5 Planstellen nach Eg S8a für die Betreuung benötigt.

Für die Quartiersstelle Waldacker ist 1 Planstelle nach Eg S11b vorgesehen, 2,5 Planstellen werden für die Forscher-Kita Wald benötigt.

Wegen der Einführung von stellvertretenden Kindergartenleitungen ist die Ausweisung einer zusätzlichen Planstelle nach Eg S8a notwendig.

Hinzu kommt: Von den 10,5 Planstellen nach Eg S15 für die Kindergartenleitungen werden 7,5 Planstellen nach Eg S16 und eine Planstelle für die Schule an den Linden nach Eg S18 umgewandelt.

8 Planstellen nach Eg S8 werden für stellvertretende Leitungen benötigt. Daher sollen 6 Planstellen nach Eg S15 und 2 Planstellen nach Eg S13 ausgewiesen werden.

96,5 Planstellen nach Eg S8 werden, wie Sie wissen, nach Eg S8a ausgewiesen. Weitere 8,5 Planstellen werden wegen Höherbewertung in unterschiedlicher Weise angehoben. Die Kw-Vermerke sollen entfallen, da die Stellen benötigt werden.

In Geld ausgedrückt: Die Mehrkosten allein in der Kinderbetreuung belaufen sich in 2017 im Vergleich zu 2016 auf 1,65 Mio €.

Ich will Ihnen noch eine Vergleichszahl liefern: Im Durchschnitt der Jahre 2012-2014 haben wir 1,3 Mio Betreuungsstunden in den KiTas und den Horten angeboten; im Jahr 2017 werden es 1,74 Mio Betreuungsstunden sein – das bedeutet eine Erhöhung der Betreuungsstunden um 34%! Dieses Angebot trotz schwieriger finanzieller Voraussetzungen machen zu können, ist eine hervorragende Leistung! Und wir bieten sie, weil es ganz einfach der Bedarf ist, dem entsprochen und der abgedeckt werden muss.

Aber was bedeutet das für unseren Haushaltsausgleich bzw. das Erfordernis, auf dem Konsolidierungspfad zu bleiben? Wir sollen ja eine Ergebnisverbesserung zum Vorjahr um 1,56 Mio € erzielen. Mit den Mehrkosten in der Kinderbetreuung von 1,65 Mio € wäre hierfür also ein Betrag von 3,2 Mio € erforderlich.

Im Wesentlichen erreichen wir die Vorgabe in 2017 durch folgende Komponenten:

1,38 Mio € durch Auflösung der FAG-Rückstellung, die wir gem. § 39 Abs. 1 Nr. 7 der GemHVO wegen ungewöhnlich hoher Steuereinnahmen zu bilden hatten;

0,7 Mio € erwarten wir aus höherer Schlüsselzuweisung des Landes;

0,164 Mio € aus angekündigten zusätzlichen Landesmitteln für die Kinderbetreuung und

um 0,3 Mio € reduzieren wir den eigentlich notwendigen Personalaufwand für die Kindebetreuung, weil wir davon ausgehen, dass wir nicht alle Stellen besetzen können. Sie erinnern sich: Für das noch laufende Haushaltsjahr hatten wir hier einen Abzug von 0,5 Mio € vorgenommen.

Den Haushaltsausgleich in 2018 wollen wir wie folgt herstellen:

0,8 Mio € erwarten wir an Mehreinnahmen aus der Schlüsselzuweisung,

0,7 Mio € - wie schon erwähnt - aus der Gewerbesteuer. Dieser Betrag deckt sich übrigens exakt mit den Vorgaben des Finanzplanungserlasses vom 30. September, den wir bei der Erstellung des Haushalts noch gar nicht kannten. Hierzu gleich noch mehr.

0,267 Mio € erwarten wir vom Land speziell für die Personalkostensteigerung im Kita-Bereich und

0,45 Mio € haben wir wieder eingestellt als Entnahme aus städtischen Gesellschaften, von der wir aber hoffen, dass wir sie – wie in den letzten beiden Jahren – nicht in Anspruch nehmen müssen.

Für Ihre weiteren Beratungen werden Sie zu den erwähnten Hauptpunkten noch eine grafische Übersicht erhalten, die auch dem Magistrat in seiner Sitzung am 16. September vorgelegen hat.

Gestatten Sie mir noch einigen Überlegungen zum Thema „Bedarf“ und den sich auch daraus ableitenden Schlüsselzuweisungen des Landes.

Ketzerische Stimmen könnten ja meinen: „Der hat’s gut; das Land stopft ihm seine Haushaltslöcher.“ „Schön wär’s!“ kann ich dazu nur sagen.

Schon von Gesetzes wegen hat das Land die Kommunen für die Erledigung der Pflichtaufgaben auskömmlich auszustatten, soweit diese nicht durch eigene Einnahmen abgedeckt werden können. Die Differenz hierzu ist der „Bedarf“. Wenn nun - nach dem Urteil des Staatsgerichtshofs vom Mai 2013, das die Kommunen mit vereinten Kräften erstritten haben – diesem Bedarf annähernd entsprochen wird, kann man den Kämmerern der Kommunen nicht süffisant entgegenhalten: „Ihr habt Glück gehabt.“, sondern man muss konstatieren: „Ihr habt trotz der bisherigen Minderausstattung eigentlich besser gewirtschaftet als es eure Zahlen hergeben.“

Das ist die eine Betrachtung. Die andere ist: Wir werden immer noch nicht auskömmlich und bedarfsgerecht ausgestattet! Warum? Weil unser Bedarf nicht in voller Höhe in die Berechnung des Landes einfließt.

Das Land errechnet zunächst den Durchschnitt aller diesbezüglichen Ausgaben aus den Jahren 2012-2014 und gibt noch 7,8% dazu wegen allgemeiner Kostensteigerung. Dagegen ist zunächst nichts einzuwenden. Allerdings: Unsere aktuelle Wirklichkeit sieht anders aus. Wie schon ausgeführt, betreuen wir mehr Kinder und dies auch zu längeren Zeiten. Außerdem haben wir – wie allseits bekannt – außergewöhnlich hohe Tarifabschlüsse mit außerordentlichen Zusätzen, insbesondere bei den stellvertretenden Leitungen.

Es fehlen uns deshalb allein aus der Kinderbetreuung ca. 3 Mio, die nicht in der Bedarfsberechnung enthalten sind. Aus anderen Produktbereichen auch nochmal ca. 0,9 Mio €, die sich insbesondere aus der Bereitstellung der Sportfläche in der Halle Urberach und dem Kulturbereich ergeben. Wir werden deshalb – wie das auch vorgesehen ist – an das Land Hessen herantreten und um Ergänzung der Schlüsselzuweisungen für den nächsten Kommunalen Finanzausgleich ersuchen.

Der schon erwähnte Finanzplanungserlass 30.9.2016, der uns seit letzter Woche vorliegt, erlaubt uns schon gewisse Spielräume im 6-stelligen Bereich jährlich bis 2021. Dies gilt auch schon an der unteren Linie für die Haushaltsjahre 2017 und 2018, so dass diese Zahlen noch in die Änderungsliste eingepflegt werden können.

Natürlich müssen und wollen wir auch ab 2018 über den Abbau der Kassenkredite nicht nur nachdenken, sondern dies auch in Angriff nehmen. Die hierzu angestellten Vorüberlegungen der Finanzverwaltung lassen durchaus eine positive Erwartung aufkommen.

Im ordentlichen Ergebnis für das Jahr 2017 weist der Entwurf jedenfalls an Erträgen 57.782.117 € auf und an Aufwendungen 58.725.008 €. Wir schließen also noch mit einer – erlaubten - Unterdeckung von 942.891 € ab (die Vorgabe ist: höchstens 942.929 € Defizit).

Für das Jahr 2018 planen wir im ordentlichen Ergebnis, das ja der Maßstab für die Bewertung nach Schutzschirmkriterien ist, mit Erträgen von insgesamt 59.619.026 € und mit Aufwendungen von 59.618.796 €, also mit einer schönen schwarzen Null in Höhe von 230 € --- plus!

Ich freue mich, Ihnen dieses Werk vorlegen zu können, danke den Fachbereichen und insbesondere der Finanzverwaltung für die ausgezeichnete Arbeit. Ich danke dem Kollegen Ersten Stadtrat Jörg Rotter, mit dem ich jetzt seit über 3 Jahren äußerst vertrauensvoll zusammenarbeite, was natürlich die Voraussetzung dafür ist, dass wir trotz der nicht einfachen Zeiten und Rahmenbedingungen insgesamt einen guten Dienst für die Bürgerinnen und Bürger leisten konnten und können; ich danke allen Fraktionen für ihre Bemühungen, zum Wohle der Stadt das Beste zustande-zubringen, und ich danke nicht zuletzt der Koalition aus CDU und Andere Liste/Die Grünen, die politische Rückendeckung gegeben hat und Impulsgeber war für die auch über unsere Stadtgrenzen hinaus wahrgenommenen Ergebnisse unserer Arbeit und die das Stadtschiff unter Dampf und auf Kurs gehalten hat.

Ich danke für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit!